Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 Dienstag, den 22. April 1919 Nummer 191 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 60 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9763.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ueberraschungen des Auswärtigen Amtes.

Kraftmeiertum.

Wien, 20. April.

Die „Neue Freie Presse" bringt in ihrer Osternummer Mitteilungen aus Gesprächen des Reichspräsidenten Ebert und des Botschafters Grafen Wedel mit Vertretern des Blattes über die innere und äußere Lage Deutschlands und über die Friedensfrage.

Der Reichspräsident erklärte: Trotz der Niederlage und der grausamen Waffenstillstandsbedingungen nach dem furchtbarsten Kriege der Weltgeschichte und trotz der schweren inneren Krisen hat Deutschland sich bisher aufrecht erhalten und wird sich, davon bin ich fest überzeugt, auch fernerhin aufrecht erhalten. Deutschland wird und kann nicht untergehen. Die gegenwärtige Regierung will ein freies soziales Deutschland durch den Willen der Mehrheit des Volkes. Wir wollen keine Herrschaft der Minderheit, kein Experimentieren mit wirtschaftlichen Utopien. Wir wollen aufbauen, nicht zerstören, vor allem aber keine Gewalt. Es ist dagegen auch der feste Entschluß der Regierung, keiner Drohung und keinem Zwange zu weichen. Auch gegen den mit neuer Kraft von Osten anstürmenden Bolschewismus wird Deutschland weiterhin einen Damm bilden, dessen Bruch nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa und die ganze Welt in der bolschewistischen Flut ertränken würde. Dies sollten sich unsere Feinde gesagt sein lassen und ihre Politik danach einrichten. Deutschlands Lage jetzt und in Zukunft hängt von einem schnellen und annehmbaren Frieden ab. Will die Entente aber mit dem Frieden noch zögern oder uns einen Gewaltfrieden aufzwingen, so hat allerdings alles, was ich eben gesagt habe, keine Geltung mehr. Auch die innere Kraft des deutschen Volkes kann nicht mehr helfen, wenn man sie gewaltsam zerstört. Weder die jetzige noch irgendeine deutsche Regierung würde einen Frieden unterzeichnen können, der den 14 Punkten Wilsons widerspräche. Sie wäre zerrissen, und damit würde alles zusammenstürzen.

Auch Graf Wedel betonte, daß Deutschland nur auf Grund der Bedingungen Wilsons Frieden schließen könnte, diese Bedingungen dann aber auch loyal durchführen würde. In diesem Entschluß sei die Regierung mit der Nationalversammlung und dem ganzen deutschen Volk einig. Von dem Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen werde es abhängen, ob der Sturm sich lege oder zum Orkan anschwelle. Wir werden in letzterem Falle, sagte Graf Wedel, die Verantwortung nicht zu tragen haben. Wir ziehen es vor, uns im Orkan durchzuringen, so gut es eben geht, als einen Vertrag zu unterzeichnen, der die Zukunft Deutschlands vernichtet und uns und unsere Nachkommen zu Sklaven macht. Kein vernünftiger Mensch unterschreibt sein eigenes Todesurteil. Wer das nicht einsieht und uns eine solche Unterschrift zumutet, der hat den Sinn für Wirklichkeit verloren.

Ministerpräsident Scheidemann erklärte gleichfalls gegenüber dem Berliner Vertreter vom „Neuen Tag" zur Aufforderung der Entente, den festgesetzten Text der Friedenspräliminarien am 25. April in Versailles in Empfang zu nehmen, daß Deutschland an den 14 Punkten Wilsons als Grundlage des Friedens unbedingt festhalten werde. Das Ziel werde nicht Ablehnung, sondern Verhandlung über die Vorschläge der Entente sein, um, wenn irgend möglich, eine Einigung mit den Gegnern zu finden. Das Kabinett werde natürlich so folgenschwere Entschlüsse nicht allein fassen, sondern die Nationalversammlung mitwirken und darüber hinaus möglicherweise das Volk durch Referendum entscheiden lassen.

Die obenstehenden Erklärungen kennzeichnen den ganzen Jammer unserer Leitung in der inneren und äußeren Politik. Der Geist der wilhelminischen Epoche ist trotz der Revolution lebendig. Da tritt ein Mann auf, dem verfassungsgemäß nur repräsentative Pflichten obliegen. Er setzt aber im Geiste des persönlichen Regiments Wilhelms II. die Richtlinien unserer inneren und äußeren Politik fest. Nicht der verantwortliche Ministerpräsident Scheidemann, sondern der Reichspräsident Ebert gibt offiziell kund, was die Regierung tun oder unterlassen will. Diese steten Einmischungen des Reichspräsidenten in die Politik fordern schon an sich die schärfste Zurückweisung heraus. Noch mehr aber muß gegen das protestiert werden, was Herr Ebert gesagt hat. Es ist eine Schande, wenn der Präsident der deutschen Republik im Namen seiner demokratischen Regierung zu erklären wagt, sie werde keiner „Drohung" und keinem „Zwang" weichen. Dieses Kraftmeiertum wirkt auf dem Hintergrunde der durch Noskes Garden geschützten Staatsordnung nicht nur lächerlich, es kennzeichnet auch den Rückfall in halbabsolutistische Gedankengänge, durch die unsere „vollendete Demokratie" von Ebert verhöhnt wird.

Noch verwerflicher jedoch als diese Verhöhnung des demokratischen Gedankens ist die herausfordernde Haltung, die der Reichspräsident, in trautem Einvernehmen mit dem Grafen Wedel und Scheidemann, in der Friedensfrage einnimmt. Es ist ein Unfug, wenn Herr Ebert zu erklären wagt, weder die jetzige, noch irgend eine deutsche Regierung würde einen Frieden unterzeichnen können, der den 14 Punkten Wilsons widerspräche. Das ist dieselbe Parole, die anscheinend an die gesamte „gutgesinnte" Presse ausgegeben ist und die uns nun in mehr oder minder krassen Verzerrungen aus allen bürgerlichen Zeitungen, vom „Berl. Tageblatt" bis zur „Deutschen Tageszeitung", entgegenschallt. Es wird mit jedem Tage immer mehr offenbar, daß unter dem Deckmantel des Wilsonfriedens ein neuer frecher Schwindel, eine neue Campagne zur Entfachung der nationalistischen Leidenschaften Deutschlands in Szene gesetzt wird. Ohne Sinn für die politischen Realitäten, ohne Verantwortlichkeitsgefühl dem Volke gegenüber suchen dieselben Leute, die bisher nur Hohn und Spott für den Wilsonfrieden übrig gehabt haben, den furor teutonicus zu entfachen, indem sie mit dem Gedanken der Nichtunterzeichnung des Friedens spielen. Dieses Spiel mit dem Feuer, das die regierenden Rechtssozialisten in ihrer Verblendung mitmachen, kann ihnen verdammt gefährlich werden. Daß es auf die Entente irgendwelchen Eindruck machen könnte, wird wohl von keinem halbwegs Einsichtigen ernstlich geglaubt; dafür aber wird es für alle im Hintergrund lauernden Mächte der Gegenrevolution eine günstige Gelegenheit schaffen, sich an den entzündeten Feuerchen die Hände zu wärmen. Würden die Herren Ebert und Scheidemann nicht so besorgt um die Gunst des Bürgertums sein, so würden sie, statt dem Ausland gegenüber nationalistische Athleten zu mimen, diesen von rechts her drohenden Gefahr in ihrem eigensten Interesse mehr Aufmerksamkeit widmen.

Vorbildliches aus Oesterreich.

Die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Wien, 19. April.

Den gestrigen Beschluß des Kabinettsrates über die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes erläutert die Staatskorrespondenz dahin, daß die Regierung mit der Aufhebung des von der Regierung Graf Stürgkh verhängten Ausnahmezustandes beweisen wolle, daß sie es mit der Freiheit ernst nehme und auf die Besonnenheit der Bürger und ihre freiwillige Mitarbeit an der öffentlichen Verwaltung baue.

Enteignung für die Allgemeinheit.

Wien, 19. April.

Ein Gesetzentwurf über Volkspflegeanstalten sieht die Enteignung aller Prunk- und Luxuswohnstätten, Paläste und Schlösser Privater zur Verwendung für Invaliden, Kranke, Genesende, Hilfsbedürftige und die Jugend vor.

Maifeier und Revolutionsfeier.

Wien, 20. April.

Die Begründung des Gesetzentwurfes über die Feier des 1. Mai und des 12. November führt aus, der 1. Mai solle ein Sinnbild der Verbrüderung der arbeitenden Menschheit sein. Dieser Gedanke sei in bürgerlicher Gestalt in dem Völkerbundsgedanken Wilsons wiedergegeben, in den Massen aber lebe er in der Hoffnung, daß der leidenden Menschheit der Völkerfriede endlich wiedergegeben werde.

Lettischer Protest.

Wie dem „Lokal-Anzeiger" aus Libau gedrahtet wird, nimmt ein von sieben lettischen Parteien unterzeichneter Anschlag scharfe Stellung gegen die Absetzung der lettischen Regierung. Er behauptet, der Staatsstreich sei ausschließlich durch die von dem deutschbaltischen Adel organisierte Landeswehr und die ihr angeschlossenen deutschen Truppenteile ausgeführt worden. Der Staatsstreich stehe im Widerspruch zu den Erklärungen des Sicherheitsausschusses; er sei der Schritt einer Verschwörung, an der keine einzige lettische Partei teilnehme. Die Umwälzung bezwecke die Wiederherstellung der Macht des deutschbaltischen Adels im offenen Gegensatz zu dem Geiste Neudeutschlands und den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes. Die Staatsordnung Lettlands müsse allein durch die gewählte Nationalversammlung Lettlands entschieden werden.

Eine Blamage.

Im Anschluß an das Telegramm, mit dem die Deutsche Regierung am Abend des 19. April die Einladung der alliierten und assoziierten Regierungen zum 25. April nach Versailles erwidert hatte, übersandte General Nudant der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa am 20. April nachmittags 5 Uhr 25 Minuten folgende Note:

„Der Vorsitzende des Ministerrats und Kriegsminister telegraphiert am 20. April 1919 unter Nr. 2076:

Ich bitte Sie, der Deutschen Regierung die folgende Antwort der verbündeten und assoziierten Regierungen zu übermitteln:

Die alliierten und assoziierten Regierungen können nicht Abgesandte empfangen, die lediglich zur Entgegennahme des Wortlauts der Friedensartikel ermächtigt sind, so wie es die Deutsche Regierung vorschlägt. Die alliierten und assoziierten Regierungen sind verpflichtet, von der Deutschen Regierung zu fordern, daß sie Bevollmächtigte nach Versailles entsendet, die ebenso vollständig ermächtigt sind, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen. (gez.) Nudant."

Nach einer Reutermeldung hat die Leitung der Friedenskonferenz in Paris den Inhalt dieser Note in folgender Form der Oeffentlichkeit bekanntgegeben:

„Von der Deutschen Regierung ist eine Mitteilung des Inhalts eingegangen, sie wolle Vertreter nach Versailles senden, um die Friedensbedingungen entgegenzunehmen und sie der Deutschen Regierung in Weimar zu überbringen. Der Rat der Vier hat erwidert, er könne keine Vertreter empfangen, die lediglich Boten seien; die Deutsche Regierung müsse Vertreter bezeichnen mit den gleichen Vollmachten wie sie die Vertreter der Alliierten haben."

Der Reichsminister des Auswärtigen hat am 21. April nachmittags seinem Vertreter in Spaa telegraphiert:

„Bitte vorläufigen französischen Vertreter zur Weitergabe an die alliierten und assoziierten Mächte folgendes mitzuteilen:

Nachdem der französische Ministerpräsident und Kriegsminister der Deutschen Regierung die Aufforderung der alliierten und assoziierten Regierungen übermittelt hat, die deutschen Delegierten mit einer ebenso vollständigen Ermächtigung zu Verhandlungen über die Gesamtheit der Friedensfragen zu versehen wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen sie besitzen, hat die Deutsche Regierung in der Voraussetzung, daß im Anschluß an die Ueberreichung des Entwurfs der Präliminarien Verhandlungen über deren Inhalt beabsichtigt werden, folgende mit entsprechenden Vollmachten versehene Personen zu Delegierten bestimmt:

Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Graf Brockdorff-Rantzau,
Reichsjustizminister Dr. Landsberg,
Reichspostminister Giesberts,
Präsident der Preußischen Landesversammlung Leinert,
Dr. Karl Melchior,
Professor Dr. Schücking.

Als Begleiter der Delegierten sind weitere Personen in Aussicht genommen, deren Namen und Stellung die Deutsche Regierung baldigst in einem zweiten Telegramm bekanntgeben wird.

Die Deutsche Regierung ist bereit, die vorstehend bezeichneten Personen nach Versailles zu entsenden, wenn ihr die Zusicherung gegeben wird, daß den Delegierten und ihren Begleitern während ihres Aufenthalts dort Bewegungsfreiheit sowie freie Benutzung von Telegraph und Telephon zum Verkehr mit der Deutschen Regierung gewährleistet ist. Sie behält sich vor, für einzelne Friedensfragen nachträglich besondere Sachverständige zu benennen.

Die Abreise der Delegierten und ihrer Begleiter würde sich jedenfalls um einige Tage verzögern.

(gez.) Brockdorff-Rantzau.

Der hier wiedergegebene Notenwechsel illustriert die fürchterliche Blamage, die sich die deutsche Regierung

tung durch ihre Gespensterseherei und nationalistische Verrantheit geholt hat. Auf die Einladung General Nudants vom 18. April, Delegierte nach Versailles zu entsenden, um den Text der Friedenspräliminarien in Empfang zu nehmen, antwortete Graf Brockdorff-Rantzau mit einer skandalösen Note, die in den Ententeländern als freche Herausforderung empfunden werden mußte. Die Folge ist nun die Zurechtweisung, die sich die deutsche Regierung durch die jetzt übermittelte Note General Nudants gefallen lassen muß, und die durch die ironische Darstellung der ganzen Angelegenheit in der Reutermeldung noch besonders unterstrichen wird. Die jetzige Antwort Graf Brockdorff-Rantzaus ist ein Rückzug auf der ganzen Linie, ein Rückzug, der für die diplomatische Geschicklichkeit des Reichsministers des Auswärtigen kein rühmendes Zeugnis ablegt.

Indessen scheint die erhaltene Lektion noch immer nicht nachdrücklich genug gewesen zu sein, denn Graf Brockdorff-Rantzau knüpft an die Entsendung der deutschen Friedensdelegierten noch immer „Bedingungen", die in ihrer Unmanierlichkeit direkt lächerlich wirken. Wenn die Leiter unserer auswärtigen Politik kein Verständnis dafür haben wie ungeheuer sie durch ihr herausforderndes, täppisches Benehmen die deutschen Interessen schädigen, so sollten sie wenigstens begreifen lernen, daß sie sich durch ihre fortgesetzten Blamagen direkt zu Witzfiguren herabwürdigen und die Vertreter der deutschen Republik zum Gespött der ganzen Welt machen. Wenn die ganzen Friedensverhandlungen mit derselben Einsicht und Geschicklichkeit, wie jetzt am Anfang, geführt werden, so kann sich das deutsche Volk auf ein nettes Ergebnis gefaßt machen.

Tagung des Friedensausschusses.

Durch Wolffs Bureau wird erst jetzt ein Bericht über die erste Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung vom 16. d. M. verbreitet, dem wir folgendes entnehmen:

Der Vertreter des Auswärtigen Amts, Gesandter v. Haniel, hielt zunächst einen Vortrag über unsere Friedensvorbereitungen und den augenblicklichen Stand der allgemeinen Friedensfrage.

Abgeordneter Freiherr v. Richthofen (Demokrat) kam auf die Ausführungen Kolitis auf dem Rätekongreß zu sprechen, der u. a. behauptet hatte, die Führung der Waffenstillstandsverhandlungen unter Reichsminister Erzberger sei geeignet, die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich zu verschärfen; die französische Regierung habe eine sympathischere Haltung gegenüber Deutschland eingenommen als England und Amerika. Der Redner fragte, ob dies richtig sei und ob näheres bezüglich der französischen Absichten auf das Saarbecken bekannt wäre.

Reichsminister Erzberger erwiderte: Die deutsche Politik beruht noch wie vor auf den 14 Punkten Wilsons und der am 5. November geschehenen Vereinbarung, wonach wir auf Grund der mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ausgetauschten Noten bereit sind, unter Zugrundelegung der 14 Punkte erst Waffenstillstand und dann Frieden zu schließen. Eine der Bedingungen dieses Friedens ist der Völkerbund mit voller Gleichberechtigung aller Völker, der großen wie der kleinen. In längeren Ausführungen verteidigte der Redner die Haltung der Regierung und der Waffenstillstandskommission und erklärte zusammenfassend: Die deutsche Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, wie er in dem Notenwechsel mit Wilson dargelegt ist, und ist bemüht, einen gerechten, dauernden Frieden mit allen Völkern, auch mit Frankreich zu schließen.

Abgeordneter Haase (Berlin, U. S.) erklärt die auf dem Rätekongreß propagierte Kontinentalpolitik für undurchführbar und für überaus gefährlich, da sie eine Spitze gegen England und Amerika enthalte und dadurch den Grund zu einem neuen Kriege lege. Er weist besonders darauf hin, daß ein größerer Teil des französischen Volkes, darunter alle Sozialisten mit Einschluß des rechtsstehenden Thomas, gegen jede Vergewaltigung Deutschlands, abgesehen von der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, aufgetreten sei.

Auch der Abgeordnete Müller (Breslau, (Soz.) rückt von den Ausführungen Kolitis und Cohens auf dem Rätekongreß bezüglich der Kontinentalpolitik ab und erklärt, daß diese Kreise in der auswärtigen Politik mehr Beziehungen zur „Vossischen Zeitung" als zum „Vorwärts" hätten.

Abgeordneter Waldstein (Demokrat) wendet sich gegen den Pessimismus in der Kolonialfrage. Es sei durchaus berechtigt und aussichtsvoll, daß Deutschland seinen Kolonialbesitz wiederbekomme, habe doch sogar der „Matin" die Möglichkeit dazu offengelassen.

Auf eine weitere Anfrage des Abgeordneten Waldstein erklärt der Minister Erzberger, daß bei dem Rückzug aus Frankreich im Herbst 1918 die Oberste Heeresleitung strikten Befehl ergeben habe, keine anderen Zerstörungen vorzunehmen, als die, welche ein rascheres Nachrücken des Feindes verzögern könnten.

Abgeordneter Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei) weist auf die beunruhigenden Bestrebungen der Entente gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich hin.

Abgeordneter Freiherr von Richthofen (Demokrat) befürwortet trotz der Ablehnung einer neutralen Kommission zur Prüfung der Schuldfrage über die Entstehung des Krieges, auf der Friedenskonferenz wiederum für die Einsetzung eines neutralen Schiedsgerichts einzutreten. Die Entente würde es sich vielleicht überlegen, ob sie ein solches Schiedsgericht ablehnen würde.

Reichsminister Erzberger erklärt zu dieser Frage, daß Deutschland nicht einseitig die Akten der Oeffentlichkeit übergeben könne. Die deutsche Regierung müsse darauf beharren, daß die ganze Frage — nicht nur die letzten 14 Tage vor Kriegsausbruch — vor einem neutralen unabhängigen Gerichtshof untersucht werde. Diesen Standpunkt werde auch die deutsche Friedensdelegation in Paris einnehmen. Der Minister erklärt, daß von der Regierung aus alles geschehe, um den Anschluß Deutsch-Oesterreichs zu fördern und die Agitation der Franzosen zurückzudämmen. Deutschland sei jederzeit bereit, mit Rußland einen Waffenstillstand abzuschließen. Das habe er heute schon in der Plenarsitzung erklärt. Die deutschen militärischen Operationen im Osten trügen keinen offensiven Charakter. Auf verschiedene Fragen des Abgeordneten Dr. Mayer-Schwaben (Zentrum) gab Reichsminister Erzberger Aufklärung über den Bezug der Lebensmittel aus dem Auslande und machte dann vertrauliche Mitteilungen über das bisherige Ergebnis der in deutschem Besitz befindlichen beschlagnahmten fremden Werte.

Abgeordneter Falk (Demokrat) erbat nähere Auskunft über die beabsichtigte Neutralisierung und Entmilitarisierung des linken Rheinufers.

Gesandter v. Haniel verwies den Redner an die vom Auswärtigen Amt in Berlin abgezweigte Friedenskommission.

Reichsminister Erzberger teilte auf eine weitere Anfrage des Abgeordneten Haase noch mit, daß die deutsche Regierung im jetzigen Augenblick ihrerseits wegen eines Waffenstillstandes nicht an Rußland herantreten könne. Nachdem der Friedensvertrag von Brest-Litowsk aufgehoben worden ist, hat Rußland, ohne daß der Kriegszustand proklamiert wurde, uns erst neue angegriffen. Wir sind jederzeit bereit, einen Waffenstillstand abzuschließen, aber mehr kann von Deutschland im jetzigen Augenblick nicht geschehen. Der Zeitpunkt jedoch, in welchem Deutschland mit Rußland in Verhandlungen über einen Waffenstillstand eintritt, kann jeden Tag gegeben sein.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die „vollendete Demokratie".

Ablehnung der Beschwerde Dr. Ernst Meyers.

Am 18. April wurde vor dem 2. Senat des Reichsmilitärgerichts über die Beschwerden der Genossen Dr. Ernst Meyer und Fartwig gegen die wider sie erlassenen Schutzhaftbefehle verhandelt. Die Beschwerde Dr. Meyers wurde verworfen. Dr. Meyer habe ein zur Revolution aufforderndes Flugblatt gemeinsam mit Karl Liebknecht unterzeichnet. Das Flugblatt datiere zwar vom 8. November 1918, indes folge hieraus in Verbindung damit, daß er während der ersten 8 Tage nach der Revolution in der Redaktion der „Roten Fahne" tätig gewesen sei, seine enge Beziehung zu Liebknecht und daß er ein führendes Mitglied der Kommunistischen Partei sei. Außerdem habe er zugegeben, die Schrift „Was will der Spartakusbund" zu kennen und zu billigen, das sei umso schwerwiegender, als diese Schrift nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung (!) erschienen und gegen diese gerichtet sei. Es möge sein, daß Dr. Meyer selbst Gewaltanwendung verwerfe, indessen sei es bekannt, daß viele Angehörige seiner Partei anderer Auffassung seien und auch diese würden in ihrer Betätigungsmöglichkeit gestützt, wenn Meyer auf freiem Fuße bleibe. Hiernach bedeute sein Verbleiben in der Freiheit eine Gefahr für die Sicherheit des Reichs.

Bei Fartwig kam der Senat zur Vertagung. Rechtsanwalt Th. Liebknecht hatte im Anschluß an die Begründung, mit welcher der Senat in der vorangegangenen Sache seine Rechtsangriffe gegen den Haftbefehl und dessen Grundlagen zurückgewiesen hatte, sich auf Noske dafür berufen, daß dieser nicht verhindert gewesen sei, den dem General Hoffmann zugeschobenen Haftbefehl zu unterzeichnen. Der Senat beschloß, von der Rechtsauffassung ausgehend, daß eine andere Unterzeichnung des Haftbefehls als durch Noske selbst nur dann als rechtswirksam angesehen werden könne, wenn Noske an der Unterzeichnung verhindert gewesen sei, eine Äußerung Noskes darüber einzuholen.

Bürgerkrieg in Bayern.

Die militärischen Rüstungen werden auf beiden Seiten eifrig betrieben. Die Regierung Hoffmann hat ihren Widerstand gegen die Bildung der Freikorps und den Eintritt von Studenten und Offizieren in die Volkswehr aufgegeben. Die Hochschulen sind geschlossen worden. Auch auf der anderen Seite schreitet die Bewaffnung der Arbeiter weiter fort. Der militärische Erfolg, den die Anhänger der Räterepublik bei dem Kampf um Dachau errungen haben, hat ihre Zuversicht sehr gestärkt. Durch das Anwachsen der militärischen Macht der Regierung Hoffmann scheint die Umschließung Münchens schnell vor sich zu gehen. Wie die folgenden Meldungen aus Augsburg zeigen, hat der Kampf bereits zu blutigen Zusammenstößen geführt:

Der Kampf um Augsburg.

Augsburg, 21. April.

Größere gemischte bayerische und württembergische Truppenverbände haben am ersten Osterfeiertag früh die Stadt Augsburg besetzt. Infolge des Widerstandes der Kommunistenanhänger kam es zu Straßenkämpfen, bei denen es auf beiden Seiten eine größere Anzahl Tote und Verwundete gab. Ueber Augsburg wurde der Kriegszustand verhängt. Die Polizeistunde ist auf 8 Uhr abends festgesetzt. Ansammlungen und Versammlungen sind bis auf weiteres verboten.

Von seiten des Führers der Regierungstruppen erhält W.T.B. über die Beweggründe des Einmarsches einen Bericht, in dem es heißt: Der Kommandant der Regierungstruppen erhielt den Auftrag, Augsburg am 20. April morgens durch Ueberraschung in Besitz zu nehmen. Um 5 Uhr früh marschierten von Norden Bayern, von Süden Bayern und Württemberger in die Vorstädte von Augsburg ein. Die auf der Haunstetter Straße vorrückenden württembergischen Kolonnen erhielten vom Pulvermagazin, in dessen Besitz sie sich setzen wollten, starkes Maschinengewehrfeuer. Die Arbeiterschaft der Nähfadenfabrik Schürer griff darauf zu den Waffen. Es entstand ein lebhaftes Gefecht. Die hier eingezogenen württembergischen Truppen beklagen sich bitter darüber, daß verschiedene ihrer Leute aus dem Hinterhalte niedergeschossen wurden, darunter ein Offizier, der den ganzen Krieg mitgemacht hat. Gegen einen Roten wurde in unbeschreiblich roher Weise vorgegangen. Andererseits erweckte es den Eindruck, daß auch bei der Arbeiterschaft eine große Erbitterung herrscht, weil sie offenbar über den politischen Zweck des Einrückens der Truppen ungenügend aufgeklärt ist. Das Vordringen der auf der Gögginger Straße vorrückenden Bayern bis in die Mitte der Stadt und die Drohung mit dem Einsetzen von Artillerie und Minenwerfern gegen das Pulvermagazin und gegen die Nähfadenfabrik veranlaßte die Verteidigung zur Uebergabe. Dem Augsburger Kommandanten wurden durch den Führer der Regierungstruppen telephonisch am frühen Morgen die Bedingungen der Regierung über die Uebergabe übermittelt. Nach Besprechung mit den Führern der ihm unterstellten Besatzung und den Unabhängigen Sozialisten und in der Erkenntnis, daß ein weiterer Widerstand aussichtslos wäre, wurden folgende Bedingungen angenommen:

Unbedingte Anerkennung der Regierung Hoffmann. Abgabe sämtlicher Waffen. Auslieferung der Rädelsführer. Besetzung der Stadt durch die Regierungstruppen. Bildung einer Volkswehr in Augsburg, bestehend aus allen Berufen und Ständen.

Diese Bedingungen wurden am Abend von einem Arbeiterführer vom Rathaus herab verkündet.

Der Einzug der Truppen wurde von der Einwohnerschaft lebhaft begrüßt.

In den ersten Nachmittagsstunden fanden in den Arbeitervorstädten Oberhausen, Pfersee und Lechhausen große Versammlungen bewaffneter Arbeiter statt. Man gewann den Eindruck, daß sie gleichfalls über den wahren Zweck des Einmarsches der Truppen nicht informiert sind. Es kam zu Zusammenstößen mit den Truppen. Da ernste Kämpfe für den Abend und die Nacht zu erwarten waren, erboten sich auf Anregung des Führers der Regierungstruppen drei Anhänger der Unabhängigen Sozialisten, die Arbeiterschaft der genannten Vorstädte über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Diesen gelang es, die Arbeiter zur Annahme folgender Bedingungen zu bewegen:

Die eingerückten Regierungstruppen werden Augsburg verlassen, sobald eine genügend starke Volkswehr, die aus allen Kreisen der Bevölkerung unter Bevorzugung der organisierten Arbeiter unter Berufsunteroffizieren gebildet wird, vorhanden ist. Die Arbeiterschaft der Vorstädte erklärt ausdrücklich, daß sie keinen gewaltsamen Versuch zur Befreiung der Gefangenen unternehmen wird. Die am ersten Tag von den Truppen gemachten Gefangenen werden, wenn nicht persönliche Vergehen bei der Untersuchung zutage kamen, möglichst rasch wieder entlassen. Der freie Durchzug von Truppen und Fahrzeugen von Norden her wird gewährleistet.

Die Nacht ist ruhig verlaufen. Es fanden keine größeren Zusammenstöße statt. Verstärkungen der Regierungstruppen sind im Anmarsch und bereits eingerückt; die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist aber immer noch erregt.

Verhaftung des Kriegsministers.

Neu-Ulm, 21. April.

In Lindau wurde durch Volksabstimmung die Räterepublik mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Am 18. April wurde ein aus München kommender Zug mit Truppen der Rätearmee durch die Besatzung der Regierungstruppen südlich von Pfaffenhofen angehalten. Die Insassen wurden gefangen genommen. Patrouillen der Regierungstruppen haben am Sonnabend nachmittag den Kriegsminister Reichardt der Roten Armee bei Pfaffenhofen gefangen genommen.

München von Regierungstruppen eingeschlossen.

Augsburg, 21. April.

Wie die Telegraphen-Union von militärischer Seite erfährt, ist München nunmehr durch ein sehr großes Aufgebot von Regierungstruppen hermetisch abgeschlossen. Die Umzingelung ist so enge und dauernd streng durchgeführt, daß der Sturz der Räterepublik in allerkürzester Zeit unbedingt erfolgen muß. Jede Zufuhr von Lebensmitteln ist völlig abgeschnitten. Man erwartet, daß die Uebergabe Münchens seitens der [illegible] bis spätestens am Mittwoch erfolgen wird. Heftige Kämpfe dauern in und um München ohne Unterbrechung an.

Verschärfung des Streiks in Bremen.

Bremen, 20. April.

Schümanns Telegraphisches Bureau meldet: Nachdem gestern nachmittag sich die Gasarbeiter dem Generalstreik angeschlossen hatten, ist am Ostersonntag der allgemeine bürgerliche Abwehrstreik eingetreten. Alle Betriebe in der Stadt Bremen, mit Einschluß der Behörden, stellten von heute früh ab ihre Tätigkeit ein. Ausgenommen sind nur der Sicherheitsdienst, die Feuerwehr und das Elektrizitätswerk. Die freien Berufe, wie Rechtsanwälte, Aerzte usw. schließen sich der Einstellung der Tätigkeit an. Auch die Lebensmittelgeschäfte, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften bleiben geschlossen. Zeitungen werden während der Dauer des Streiks nicht erscheinen. Der Telephon- und Telegraphenverkehr sind für das Privatpublikum gesperrt. Der Straßenbahnverkehr ruht. Ueber Bremen wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Der heutige Tag ist ruhig verlaufen.

Die Erregung in Oberschlesien.

Breslau, 19. April.

In Beuthen dauert der Ausstand auf den Gruben Kleophas, Wolfgang und Graf Franz fort. In einer im Gewerkschaftshause in Zaborze stattgefundenen Besprechung der gesamten Belegschaft, der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Luisengrube wurde beschlossen, wegen der Verhaftung der 400 Bergleute im Ruhrrevier als Protest in den Ausstand zu treten, falls die sofortige Freilassung der Verhafteten nicht erfolgt. Der Sympathiestreik wird eventuell auf sämtliche oberschlesische Gruben ausgedehnt werden. Die Regierung ist telegraphisch von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt worden.

Von der Pressefreiheit!

Nachdem Herr Noske das Erscheinen und die Verbreitung der „Roten Fahne" für Berlin verboten und die Zufuhr von Papier unterbunden hat, sind nun seine sächsischen Kollegen seinem Beispiel gefolgt. Der „Roten Fahne", die seit kurzem in Leipzig herausgegeben wird, ist vor einigen Tagen auf Anordnung des sächsischen Oberbefehlshabers Kirchhof erneut ein Verbot zugestellt worden. Die „Rote Fahne" bestreitet die Gültigkeit des Verbots, da für Leipzig kein Belagerungszustand bestehe. Sie erklärt das Verbot für ungültig, da es nicht vom Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat gegengezeichnet sei, und versichert, daß sie trotz des Verbots vorläufig weiter erscheinen werde.

Die bürgerliche Presse fordert aus diesem Anlaß energische Maßregeln gegen Leipzig und wünscht, daß den Anordnungen der sächsischen Regierung mit Gewalt Anerkennung verschafft werde.

Schwarz-Weiße-Rote Ostern in Berlin.

Am Ostermontag hat eine öffentliche Versammlung des Nationalverbandes Deutscher Frauen 1909 in der Hochschule für Musik in Charlottenburg die Wiederholung der Schwarz[illegible] und die Hissung der schwarzweißroten Flagge [illegible] Das geschah auf Grund der Beweise des [illegible] und des Regierungsrats Grosse. Als sachliche [illegible] Admiral [illegible] die schwierige Beschaffung und die größere Empfindlichkeit der neuen Flagge maßgebend. [illegible] Grosse hob als politischen Grund gegen sie hervor, daß sie [illegible] sei, worauf der Zuruf aus der Versammlung „[illegible] damit!" erfolgte, was tosenden Beifall auslöste.

Zu Anfang und Ende der Versammlung wurde gesungen: „Ich bin ein Preuße", das Flaggenlied und „Deutschland, Deutschland über alles".

Die Versammlung war sehr gut besucht. Geleitet wurde sie von dem Vorsitzenden des Nationalverbandes Deutscher [illegible]

Die Hüter der Ordnung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erhält aus Magdeburg folgende bezeichnende Privatmeldung: Der Belagerungszustand, soweit er [illegible] des Straßenverkehrs anbelangt, wurde [illegible] v. Roeder, Kommandant des [illegible] tig aufgehoben. Das Verbot der Ansammlungen [illegible]

Straßen und Plätzen bleibt bestehen. Abermaliger Diebstahl an Heeresgut konnte trotz des Verbots, die Straßen zwischen 11½ und 4 Uhr nachts zu betreten, erfolgen. Angehörige der Landesschützenbrigaden, bei denen ein Teil der gestohlenen Sachen gefunden wurde, wurden verhaftet. Angeblich wollen sie die Sachen Zivilisten und einem Matrosen abgenommen haben. Genaue Untersuchung ist eingeleitet.

Bewaffnung der Arbeiter in Ungarn.

Budapest, 20. April.

Der Zentral-Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat hat zur Verteidigung der Errungenschaften der Proletarier-Diktatur den Verteidigungskrieg beschlossen und angeordnet, daß die Hälfte der Arbeiterschaft sämtlicher Betriebe gegen die tschechischen, rumänischen und südslawischen Truppen zu den Waffen greifen solle. Nach den Abendsitzungen mehrerer Parteiorganisationen und Gewerkschaften bewegten sich Demonstrationszüge durch die Straßen.

Wahlen zur estländischen Nationalversammlung.

Helsingfors, 20. April.

Bei den Wahlen zur estländischen Nationalversammlung wurden 120 Abgeordnete gewählt und zwar: Sozialdemokraten 41, Arbeitspartei 30, Volkspartei 25, Bauernbund 8, Sozialrevolutionäre 7, Christliche Volkspartei 5, Deutsche 3, Russen 1.

Das Ende des Angestelltenstreiks.

Schiedsspruch im Bankbeamtenstreik.

Im Bankbeamtenstreik ist nach fünftägiger Verhandlung unter dem Vorsitz von Ing. Södemann (Reichsarbeitsamt) am 1. Osterfeiertag ein Schiedsspruch zustande gekommen, der neben einer allgemeinen Umgrenzung des Aufgabenkreises für die Angestelltenausschüsse im besonderen das Mitbestimmungsrecht bei Neueinstellungen und Kündigungen regelt. Diese Regelung entspricht im wesentlichen dem vor zwei Tagen in der Metallindustrie getroffenen Abkommen. Abweichend ist lediglich die Bestimmung, wonach der Angestelltenausschuß zur Prüfung der Einstellungen einen Unterausschuß aus zwei seiner Mitglieder mit mindestens zehnjähriger Dienstzeit bei der Bank zu bilden hat, die das Vertrauen der Bankleitung besitzen müssen. Als Amtsdauer für den Angestelltenausschuß ist die Dauer eines Kalenderjahres festgesetzt.

In der Gehaltsfrage gibt das Schiedsgericht den Parteien auf, innerhalb von 14 Tagen die Tarifverhandlungen für die Gruppen ihrer Orte aufzunehmen und bis spätestens 15. Juni zum Abschluß zu bringen. Sie sind ferner gehalten, den von ihnen gegebenen Zusagen entsprechend die Herbeiführung eines einheitlichen Reichstarifes zu fördern.

Den Verhandlungen über den Berliner Tarif sind die folgenden, von den Vertretern der Bankleitungen gemachten Zugeständnisse zugrunde zu legen:

1. Das Mindestjahresgesamteinkommen für
   a) kaufmännische, banktechnisch oder gleichwertig vorgebildete Angestellte soll betragen: 3600 Mark für ledige 20jährige männliche, 4200 Mark für verheiratete 20jährige männliche;
   b) männliche Bankgehilfen im 20. Lebensjahr (Angestellte ohne kaufmännische Lehrzeit), Stenotypisten, Registratoren, Kuponzähler, Wechselkopisten, Gehilfen der Tresorbeamten und Hilfsarbeiter in anderen Abteilungen 3000 Mark;
   c) ledige Kassenboten und Hauspersonal im 25. Lebensjahr 3600 Mark; verheiratete Boten und Hauspersonal im 25. Lebensjahr 4200 Mark.
2. Die vorstehenden Mindestjahresgesamteinkommen sowie die bevorstehenden tariflichen Regelungen sollen ohne Rücksicht auf den Abschluß der Tarifverhandlungen rückwirkend vom 1. April 1919 Geltung erhalten.
3. Die regelmäßige Arbeitszeit soll nicht mehr als 48 Stunden in der Woche betragen; Frühstücks- oder Mittagspausen sind in diese Arbeitszeit nicht eingeschlossen.
4. Ueberstunden sollen mit 2 Mark für die voll geleistete Arbeitsstunde bezahlt werden. Als erste Ueberstunde gilt die volle achte Arbeitsstunde.
5. Alle Angestellten erhalten rechtlichen Anspruch auf Erholungsurlaub, der nach sechsmonatiger Tätigkeit 6 Arbeitstage, nach zwölfmonatiger Tätigkeit 12 Arbeitstage umfassen soll.

Die von der Leitung der Bank für Handel und Industrie bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsamt am 10. April 1919 gemachten Zusicherungen bleiben bestehen. Maßregelungen wegen Teilnahme an dem Streik dürfen von keiner Seite vorgenommen werden. Unter der Voraussetzung, daß die Angestellten am Dienstag, den 22. April 1919 in allen Betrieben die Arbeit wieder aufnehmen, gilt als letzter Tag des Streiks der 17. April 1919. Die Vereinbarungen sollen auf die Arbeiter der Banken entsprechende Anwendung finden. Zur Beratung und Beschlußfassung über die sinngemäße Uebertragung der einzelnen Bestimmungen auf die Arbeiterschaft tritt der Schlichtungsausschuß binnen 5 Tagen erneut zusammen. Die Parteien haben sich bis Dienstag, den 22. April 1919, mittags 12 Uhr zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen.

Wie uns soeben berichtet wird, hat sich die Obleuteversammlung der Bankbeamten am zweiten Osterfeiertag mit dem Schiedsspruch befaßt und erneut die Forderung aufgestellt, daß die Streiktage bezahlt werden müssen. Die endgültige Stellungnahme zum Schiedsspruch dürfte in den heute stattfindenden Betriebsversammlungen erfolgen.

*

Ueber die Versammlung der Bankbeamten geht uns noch folgender Bericht zu:

Am zweiten Osterfeiertag, vormittags 10 Uhr, fand im Zirkus Busch eine gut besuchte Versammlung der Groß-Berliner Bankbeamtenschaft statt, welche sich mit dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses zu beschäftigen hatte. Die Stimmung in der Versammlung war sehr geteilt. Die Gewährung des Mitbestimmungsrechtes wurde begrüßt, desto enttäuschter war jedoch die Mehrzahl der Bankbeamten darüber, daß die Erledigung des materiellen Teiles der Forderungen bis zum 15. Juni hinausgeschoben worden ist. Einer der Obleute kennzeichnete treffend die Stimmung, als er ausrief: „Vom Mitbestimmungsrecht allein können wir nicht satt werden!" Einstimmig war man der Ansicht, daß die Wiederaufnahme der Arbeit, die heute (Dienstag) vormittag von den Betriebsversammlungen beschlossen werden soll, nur erfolgen dürfte, wenn die Streiktage vollständig bezahlt würden, eine Forderung, deren Erfüllung bisher von den Bankleitungen abgelehnt worden ist.

Marx, vom Allgemeinen Verband, empfahl, auf der Grundlage des Schiedsspruches den Betriebsversammlungen die Wiederaufnahme der Arbeit unter der Voraussetzung, daß die Streiktage bezahlt werden. In den Bankbureaus hätten sich während des vierzehntägigen Streiks unerledigte Arbeiten aufgehäuft; sollten die Bankleitungen den Bankbeamten zumuten würden, diese Arbeiten ohne Entgelt zu erledigen, so würde das bedeuten, daß die Angestellten 14 Tage umsonst zu arbeiten hätten. Müsse aus diesem Anlaß weiter gestreikt werden, so falle die Verantwortung den Direktionen zu.

Emonts erklärte als Arbeitnehmerbeisitzer des Schiedsgerichtes, daß die Vertreter der Bankbeamten im Schlichtungsausschuß dem Teil des Schiedsspruches, der sich mit den materiellen Forderungen befaßt, ihre Zustimmung versagt hätten.

Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in welcher den Betriebsversammlungen empfohlen wird, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, unter der Bedingung, daß die Streiktage bezahlt werden.

Die Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit findet heute vormittag in den folgenden Betriebsversammlungen statt: Deutsche Bank, 9 Uhr, Germania-Säle; Dresdner Bank, 10 Uhr, Sophien-Säle; Darmstädter Bank, 10 Uhr, Lehrer-Vereinshaus; Disconto-Gesellschaft, 10 Uhr, Lehrer-Vereinshaus; Nationalbank für Deutschland, 9 Uhr, Musikerbörse; Mitteldeutsche Kreditbank, 10 Uhr, Haverlands Festsäle; Commerz- und Disconto-Bank, 11 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Das Abstimmungsergebnis soll sofort der Zentralstreikleitung gemeldet werden, die dann gegebenenfalls die Wiederaufnahme der Arbeit für heute, Dienstag nachmittag freigeben wird.

Die Versammlung der Obleute der Metallindustrie.

Am ersten Feiertag vormittag fand in Haverlands Festsälen eine Vollversammlung der Obleute der streikenden Betriebe der Metallindustrie statt. Die Vereinbarung, die zwischen dem Verband der Metallindustriellen und der Vertretung der beteiligten Angestelltenverbände und der Streikleitung getroffen worden war, wurde den Anwesenden im Druck vorgelegt. Das berichtende Referat hielt Aufhäuser. Er führte eingangs aus, daß dagegen entschieden Einspruch erhoben werden müsse, wenn wie dies vielfach geschehen sei, von irgend welcher Seite der Streikleitung das Verantwortlichkeitsgefühl abgesprochen werde. Es sei von dem Groß-Berliner Arbeitgeberrat ein vertrauliches Rundschreiben an eine große Zahl von Unternehmerverbänden gerichtet worden, das mitteilte, daß der Bürgerstreik fertig organisiert sei und gleichzeitig Richtlinien zur Durchführung dieses Streikes bekannt gab. Es sei bezeichnend, daß die Leute, welche den Angestellten verbrecherische Drohungen vorwerfen, betonen, alle zur Verfügung stehenden Mittel anwenden zu wollen; insbesondere sei in dem Rundschreiben der Streik der Aerzte und Apotheken, der Poststreik bezüglich der Rentenauszahlungen, der Bankstreik bezüglich der Zurückhaltung von Lohngeldern, sowie der Streik aller Lebensmittelbetriebe und Volksspeiseanstalten, genannt. Es sei hervorgehoben, daß der Streik rücksichtslos durchgeführt werden müsse.

Es gelangte sodann eine Entschließung mit allen gegen vereinzelte Stimmen zur Annahme, nach der man ohne Debatte sich für Einstellung des Streikes entschied. Ferner wurde eine Entschließung Aufhäuser angenommen, die besagt, daß zwar nicht alle Forderungen völlig erfüllt seien, die Versammelten jedoch ihr Einverständnis mit der Vereinbarung, die von der Streikleitung getroffen worden ist, erklären und allen Kollegen, sowie der Arbeiterschaft wegen der zahlreichen Beweise der Solidarität den Dank aussprechen. — Ferner wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Beschimpfung der Streikleitung und insbesondere des Herrn Aufhäuser durch die bürgerliche Presse Protest erhoben wird. Herrn Aufhäuser wurde durch einmütiges Erheben von den Sitzen das Vertrauen der Anwesenden votiert.

Nachdem ein Redner noch kurz der Streikleitung im Namen der Versammelten den Dank für die aufopfernde und intensive Tätigkeit aussprach, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Erklärung, daß der Streik nunmehr offiziell als abgebrochen zu betrachten sei. — Am heutigen Dienstag finden in den einzelnen Betrieben Abstimmungen über die Beendigung des Streiks statt. Die Wiederaufnahme der Arbeit findet erst am Mittwoch statt.

Angestellte der Firma Borsig-Tegel. Die Versammlung findet heute (Dienstag), 8 Uhr vorm. (nicht Donnerstag), im Kasino statt.

Ludwig Loewe u. Co., Brückenstraße. Die Arbeiter nehmen am Mittwoch, den 23. April 1919, früh 7 Uhr, die Arbeit wieder auf. Der Obmann.

Obleute der 11. Fachgruppe. Die Arbeiterausschußmitglieder sowie die Obleute der Angestelltenausschüsse werden hiermit zu einer Sitzung für Dienstag, den 22. April, abends 7 Uhr, nach Zimmer 109 im Berliner Rathause, eingeladen.

A. E. G. Fabriken Hennigsdorf. Heute vormittag 8½ Uhr Versammlung, Restaurant Bruß, Hennigsdorf.

Telephon-Apparat-Fabrik E. Zwietusch u. Co., Charlottenburg. Angestellten-Versammlung 9 Uhr morgens im Schiller-Theater.

C. P. Goerz A.-G. Heute vorm. 9 Uhr Betriebsversammlung im Bürgersaal des Friedenauer Rathauses.

Titania-Werk G. m. b. H., Schöneberg. Betriebsversammlung der Angestellten und Arbeiter heute vorm. 8 Uhr im Restaurant Sachsendamm, Sachsendamm 40. Wiederaufnahme der Arbeit.

Achtung! Angestellte vom Siemens-Konzern! Wahrt auch jetzt noch Solidarität! Niemand betrete sein Werk vor der Versammlung im Zirkus Busch. (Beginn 9½.) Zentral-Streik-Ausschuß.

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Reyer u. Schmid, Charlottenburg, treffen sich vormittags 10 Uhr im Restaurant „Prinz Luitpold", Sauer- Ecke Berliner Straße.

Zur Schließung der Spandauer Heeresbetriebe.

Man schreibt uns:

„In den meisten Tageszeitungen wird über ein Ostergeschenk der Regierung an die Spandauer Arbeiterschaft der Heereswerkstätten berichtet.

Aber daß die scheinsozialistische Regierung schon seit Monaten ganz andere saubere Pläne ausgeheckt hat, davon bringt diese Presse nichts. In Wirklichkeit beabsichtigt sie, die Staatswerkstätten, in denen allein an Gebäuden, Maschinenanlagen usw. ein Volksvermögen von 900 Millionen Mark investiert sind, an die Kapital-Trustmagnaten um einen Judaslohn von einigen Silberlingen zu verschleudern.

Daß man bei dieser Arrondierung einzelne Werkstätten für die Herstellung von Heeresgerät behalten und sie mit einem Stamm kaisertreuer, sogenannter Jubiläumsarbeiter, die nicht die Wolfsmilch klassenbewußter Denkart eingesogen, besetzen will, hat dem Schreiber dieser Zeilen ein Sozialdemokrat auf dem Ministersessel vor einigen Wochen persönlich versichert. Daraufhin als Volksverräter bezeichnet, entflammte zwar seine Wut, ändert aber an der Tatsache nichts."

Wir geben dieser Zuschrift Raum, weil uns der Einsender versichert, daß tatsächlich von der Regierung das geplant wird, was in den vorstehenden Zeilen angedeutet wird. Die Angelegenheit würde dadurch ein bedeutend größeres öffentliches Interesse gewinnen. Die Regierung wird sich dazu in offener und klarer Form äußern müssen. Tut sie das nicht oder vermag sie die angeführten Anschuldigungen nicht zu zerstreuen, dann übernimmt sie die Verantwortung dafür, wenn es zu Konflikten mit den bisherigen Angestellten und Arbeitern der Spandauer Heeresbetriebe kommt.

Delegierte des Transportarbeiter-Verbandes. Heute (Dienstag), abends 6 Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße, Fortsetzung der Generalversammlung.

Rechtsanwaltsangestellte! Donnerstag, abends 7½ Uhr, Versammlung im „Königstadt-Kasino", Alexanderstraße 31, Eingang Holzmarktstraße. Bericht über die Verhandlungen mit dem Berliner Anwaltverein.

Zivilangestellte in Heeresbetrieben usw. Am 24. April 1919, nachmittags 5 Uhr, findet im Sportpalast, Berlin, Potsdamer Straße, eine Versammlung sämtlicher Zivilangestellten, sämtlicher Militärbehörden, Institute, sowie aller Heeresbetriebe des III. A.-K. des Gardekorps, und des Kriegsministeriums, sowie dem Armee-Oberkommando unterstellten Betrieben statt. Die Angestelltenausschüsse werden gebeten, für vollzähliges Erscheinen sämtlicher Zivilangestellten vorstehend genannter Betriebe, Sorge tragen zu wollen.

Groß-Berlin.

Die Bahnhofswache als Diebesbande.

Durch die Tätigkeit zweier Kontrollunteroffiziere der Kommandantur Berlin ist es in der Nacht zum zweiten Feiertag gelungen, die Diebe dingfest zu machen, welche in letzter Zeit die für den Magistrat Lichtenberg bestimmten Lebensmittelwaggons geplündert haben. Der Lichtenberger Magistrat hatte der Kommandantur Berlin mitgeteilt, daß die für Lichtenberg bestimmten Lebensmittel-Eisenbahnwagen, die nach dem Depot in der Herzbergstraße geleitet wurden, planmäßig beraubt worden sind. Die Kommandantur beauftragte darauf die Sergeanten Wegner und Schröder mit der Ueberwachung des Bahnhofes und Lebensmittelspeichers. Es wurde festgestellt, daß als Diebe die von dem Regiment „Reichstag" gestellte Wache in Frage komme, da die Mannschaften nachts mit Säcken in einer in der Nähe gelegenen Gastwirtschaft verschwanden. Am zweiten Feiertag morgens war wieder ein Güterwagen eingetroffen und so legten die Kommandanturunteroffiziere sich auf die Lauer, um die Täter überraschen zu können. Gegen 12 Uhr nachts erbrachen die Wachtposten den Wagen und raubten 6 Zentner Erbsen und 10 Sack amerikanisches Mehl; die gestohlenen Güter wurden auf einen Wagen geladen, mit dem man später die Beute fortbringen wollte. Die Kommandantursergeanten erschienen nun auf der Wache und entwaffneten zunächst den auf der Straße stehenden Posten. Der Mann gab in seiner Ueberraschung zu, daß die Wache schon seit längerer Zeit die Güterwagen plündere und zwar mit Einverständnis des Wachhabenden. Ein in der Nähe wohnender Schleichhändler zahle ihnen für jeden Sack 500 Mark. Da die beiden Unteroffiziere die ganze Wache allein nicht festnehmen und entwaffnen konnten, benachrichtigten sie die Lichtenberger Polizei, die sofort eine genügende Anzahl Beamter an den Tatplatz entsandte. Die Schutzleute schlossen das Gebäude von allen Seiten ein, um den Dieben die Flucht unmöglich zu machen. Inzwischen hatte die „Wache" das Herannahen der Beamten bemerkt und setzte sich, da Flucht unmöglich war, zur Wehr. Auf die Anrückenden und namentlich auf die beiden Kommandanturunteroffiziere wurde heftigstes Feuer eröffnet, das über eine halbe Stunde anhielt. Schließlich versuchte einer der Eingeschlossenen zu entkommen und versuchte mit vorgehaltenem Revolver durchzukommen. Die beiden Unteroffiziere erwiderten das Feuer des Fliehenden und nahmen ihn fest. Schließlich, als der Besatzung des Depots die Munition ausging, drang man in das Gebäude ein und entwaffnete den Wachhabenden Bachmann und seine fünf Leute. Die Diebe wurden in das Lichtenberger Polizeipräsidium und von dort auf die Kommandantur Berlin gebracht. Eine bei dem Gastwirt sofort abgehaltene Haussuchung förderte ein umfangreiches Lager von Hülsenfrüchten, Kunsthonig und Mehl zutage.

Achtung! Die Referenten und der gesamte Vorstand der U. S. P. D. - Arbeiterräte treffen sich heute nachmittag 4 Uhr In den Zelten 23. Rednerkursus um 7 Uhr abends.

Opfer der Märzunruhen sind auch an den beiden Feiertagen wieder an verschiedenen Stellen aus dem Wasser gelandet worden, so an der Stralauer Brücke, hinter der Pochhammerschen Badeanstalt, am Mühlendamm und am Reichstagsufer. Insgesamt sind jetzt in diesen Tagen neun Leichen von Männern angeschwemmt worden, die ungefähr 6 Wochen im Wasser gelegen haben und zweifellos bei den Märzunruhen ums Leben

Am Donnerstag, den 1. Mai 1919
erscheint erstmalig in unserem Verlage:

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Preis der Einzelnummer 20 Pfg. — Abonnement viertelj. 2,50 M.

Das erste Heft erscheint als

Maifest-Nummer

Bestellungen durch den Buchhandel, die Organisationen oder direkt an die

Verlagsgenossenschaft „Freiheit"
e. G. m. b. H., Berlin, Schiffbauerdamm 19

... gen, an denen sie gestorben ... ist dies bei den anderen nicht mehr möglich. Drei der Toten konnten bis jetzt festgestellt werden, die anderen sechs sind noch unbekannt. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß die Leichen so stark verwest sind, daß sie auch von Angehörigen nicht mehr erkannt werden können. Es wollen sich hier ferner nur noch Leute melden, die die Kleidungsstücke der Vermißten genau kennen oder diese durch Tätowierungen, die zum Teil noch erkennbar sind, rekognoszieren können. Auch unter den jetzt wieder gelandeten Toten befinden sich mehrere, denen die Stiefel fehlen. Da sie auch sonst ohne Wertsachen sind, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sie bei den Kämpfen gefallen, ausgeplündert und dann ins Wasser geworfen worden sind.

Wer kann Auskunft geben? Der Matrose Richard Schmidt, ehemaliger Angehöriger der Volksmarine-Division, wurde am 13. März, morgens ½8 Uhr, in seiner Wohnung Krautstr. 14 von einer Patrouille, bestehend aus einem Offizier und acht Mann, verhaftet. Da Schmidt sich keiner Schuld bewußt war und Waffen weder bei ihm noch in der Wohnung gefunden wurden, folgte er ohne jeden Widerstand. Das ganze Verbrechen bestand demnach nur in der Angehörigkeit zur Volksmarine-Division. Den Angehörigen wurde von den Regierungssoldaten verboten, der Patrouille zu folgen. Alle Bemühungen von seiten der Angehörigen und Kameraden, eine Spur von ihm zu entdecken, waren fruchtlos. Der Vermißte ist 30 Jahre alt, trug neuen blauen Zivilanzug, eine Brieftasche mit Papieren und 70 M. Wer über den Verbleib Schmidts näheres weiß, wird gebeten, Mitteilungen an Otto Ulbrich, Breslauer Str. 3, zu machen.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Der Rednerkursus beginnt am heutigen Dienstag, abends 7 Uhr, Restaurant Oswald Berliner, Brunnenstr. 140.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. (Bez. N.-W.) Mittwoch, abends 7 Uhr, im Lokal, Helmholtzstraße 21, an der Gotzkowskybrücke, Bezirksversammlung.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. (Ortsgruppe Schöneberg.) Mittwoch, abends 7½ Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula der Hohenzollernschule, Belziger Straße, Ecke Eisenacher Straße.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen. (Bez. Köpenick.) Donnerstag abend, 7½ Uhr, im Bürgergarten, Müggelheimer Straße 12, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme für oder gegen den Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen.

Mieterbund Groß-Berlin. Morgen, Mittwoch abend, 7½ Uhr, große Versammlung in der Aula der Gemeindeschule Zehdenicker Straße 17. Vorträge über „Wohnungsnot und Wohnungswucher".

Lebensmittelkalender.

Berlin. Die letzten Anmeldetage für den Bezug von städtischem Trockengemüse, das in erstklassiger Qualität hergestellt, nunmehr dem Verbrauch in der Frischgemüse armen Zeit zugeführt wird, sind Dienstag, der 22., und Mittwoch, den 23. April 1919. Die Anmeldungen erfolgen auf Abschnitt Z der städtischen Bezugskarte.

Spandau. Die zu verabfolgende Fleischmenge wird noch bekannt gegeben. An Speisefetten werden 40 Gramm Butter und 70 Gramm Margarine, Kartoffeln 5 Pfund, zur Verteilung gelangen. Für die gekürzten 2 Pfund Kartoffeln wird Roggenmehl ausgegeben. Ferner gelangen 120 Gramm Grieß und 1 Pfund Marmelade auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung, für Kinder bis zu 14 Jahren außerdem ½ Pfund Keks. An amerikanischem Weizenauszugmehl werden in der nächsten Woche, für zwei Wochen zusammen, 1 Pfund auf den Kopf zur Ausgabe gelangen. In den durch Aushang kenntlich gemachten Konfitüren-Geschäften wird von heute ab für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre ½ Pfund Keks zum Preise von 78 Pfennig gegen Bezugsschein abgegeben. Der den Geschäften gelieferte Grieß darf vom Dienstag ab verkauft werden und zwar je 125 Gramm, gegen Abtrennung von Feld 235 der Lebensmittelkarte. Der Preis beträgt für 1 Kilogramm 0,90 M.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 189 A/B, der grünen Karte ab Mittwoch ¼ Pfund Streichkäse (Würzkäse) zum Preise von 0,60 M.; in einer Anzahl von Geschäften auf Abschnitt 4 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin 250 Gramm Marmelade zum Preise von 65 Pfennig. Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 23. d. M. zu erfolgen.

Nowawes. Woche vom 21. bis 27. April: 150 Gramm Graupen zu 14 Pfennig auf Abschnitt 19 der Lebensmittelkarte; 250 Gramm Marmelade zu 70 Pfennig, auf Abschnitt 22; 200 Gramm Kaffee (geröstet) zu 1 Mark, auf Abschnitt 48 der rosa Lebensmittelkarte; 200 Gramm Kaffee-Ersatz zu 1 Mark, auf Abschnitt 49; 1 Paket Milchpudding zu 30 Pfennig auf Abschnitt 31 der Lebensmittelkarte für Jugendliche. — Die Kartenabschnitte sind heute bei den Kleinhändlern abzugeben. Die Ausgabe der Ware findet von Freitag bis Sonntag statt.

Aus den Organisationen.

Vierter Kreis. Kreiskonferenz am Donnerstag, den 24. April, abends 8 Uhr, bei Graumann, Naunynstraße 27.

Elternabend. Mittwoch, den 23. April, um 7 Uhr abends, im Lokal von Huth, Warschauer Straße, Vorträge: Genossin Martha Demmning: Das Elend unserer Kinder; Genosse Lehrer Malpricht: Sozialistische Erziehung.

Charlottenburg. Mittwoch abend, 6 Uhr, im Volkshaus Vorstandssitzung, 7 Uhr kombinierte Sitzung.

Neukölln. Stadtverordneten-Fraktionssitzung am Dienstag, den 22. April, abends 6½ Uhr im Rathaus, Zimmer 102. — Vorher, um 5 Uhr, Sitzung des Fraktions-Vorstandes in Zimmer 519 (Stadtverordneten-Vorsteher).

Niederschönhausen. Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Saale von Rettig, Blankenburger Straße 4, Generalversammlung. 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Bericht vom Parteitag und der Kreis-Generalversammlung. 4. Stellungnahme zur Maifeier.

Freie Jugend Groß-Berlin. Heute abend, 7½ Uhr, Schicklerstr. 5/6, Zentralvorstandssitzung. — Alle Nachrichten und Anzeigen für das Maimitteilungsblatt müssen bis heute abend fertiggestellt sein.

Freie Jugend Gesundbrunnen. Achtung, Lokalwechsel! Heute abend, ½8 Uhr, Diskussionsabend im Lokal von Mann, Wiesenstraße 43, Ecke Christianiastraße.

Freie Jugend, Gruppe Nordost. Mittwoch abend, ½8 Uhr, im Lokal von Paries, Hufelandstraße 32, Neuwahl.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayssler. 7 Uhr: Gas.

Opernhaus 7 Uhr: Mignon.

Schauspielhaus 7 Uhr: Peer Gynt.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater 7 Uhr: Faust I.
Kammerspiele 7 Uhr: Der Star.
Kleines Schauspielhaus 7 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm (a. Norden 281) 7 Uhr: Die keusche Susanne

Theater am Nollendorfplatz. 7 Uhr: Der Juxbaron. 7 Uhr: Wo die Lerche singt.

Rose-Theater 7 Uhr: Stärker als der Tod.

Lessing-Theater Direkt.: Victor Barnowsky. 7 Uhr: Dies irae. Mittwoch: Dies irae.

Deutsches Künstler-Theat. 7 Uhr: Nachtbeleuchtung. Mittwoch: Nachtbeleuchtung.

Residenz-Theater Täglich 7½ Uhr: Das höhere Leben.

Walhalla-Theater 7 Uhr: Der Jäger aus Kurpfalz.

Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr: seit Februar auf dem Spielplan **Vater Knoüe.** Berliner Volksstück in 3 Akten Vorher erstkl. Spezialitäten. Sonntag 3 U.: Magst sel sös.

Wintergarten täglich 7½ Uhr Varietévorstellung Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbuser Tor (fr. Sanssouci Kottb. Str. 6) Abends 7½, u. Sonntag nachmittag 3 Uhr **Elite Sänger**

Seidel, Ruselli, Horst, Gröning, Schubert, Riese, Hahbe, Ditolfsurader, Emil Schrader
Böhmer-Konzert Beginn 7 Uhr
Sonnt. nachm. ermäßigte Preise. Vorverkauf 11—1 Uhr. Telefon: Moritzplatz 14814.

Möbel jeder Art preiswert Große Auswahl **Möbel-Lechner** BERLIN Brunnenstraße 7 Nähe Rosenthaler Platz

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 24. April 1919, abends 6 Uhr,

Branchen-Versammlung
der Metallschleifer, Galvaniseure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59 (großer Saal).

Tagesordnung:
1. Vortrag über „Rätesystem". 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeuiller.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Donnerstag, den 24. April 1919, abends 7 Uhr, in R. Boekers Festsälen, Weberstraße 17.

Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Die Abrechnung vom 1. Quartal 1919. 2. Wahl von 3 Angestellten für die Berliner Verwaltung. 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Die Ortsverwaltung.

Treibriemenbranche.
Am Mittwoch, den 23. April, abends 7 Uhr, Branchenversammlung im Lokal von Schulz, Königsgraben, mit folgender Tagesordnung:
1. Bericht von der Verhandlung über den Reichstarif. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller zur Zeit in der Branche Beschäftigten dringend notwendig.
Die Branchenleitung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin
Donnerstag, den 24. April 1919, abends 7 Uhr pünktlich, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelufer 15,

General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern zum Schlichtungsausschuß des Tarifvertrages. — 2. Verbandsangelegenheiten. — 3. Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal.
Zutritt haben nur die gewählten Delegierten unter Vorlegung des Mitgliedsbuches und der Legitimationskarte.
Die Ortsverwaltung.

Reinickendorf West — Achtung!
Heute, Dienstag, den 22. April, abends 6 Uhr, findet von den Zahlabendlokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.
Am Mittwoch, den 23. April, abends 7 Uhr, findet in Hartmanns Brauerei, Scharnweberstr. 101/104, eine

öffentliche Volksversammlung
statt.
Vortrag des Genossen Zubeil: „Unter der Revolution". Freie Aussprache.
Männer und Frauen Reinickendorfs! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung!
Der Vorstand.
U. S. P. D., Bez. Reinickendorf-West.
Albert Lund.

Steglitz.
Vom 1. Mai d. J. wird unsere Spedition von Rauch zu
Hermann Bernsee, Mommsenstr. 59
verlegt. Wir bitten alle unsere Abonnenten in Steglitz, ihre Adresse sofort dem neuen Spediteur Hermann Bernsee, Mommsenstraße 59, der Konsumverkaufsstelle, Albrechtstr. 15 oder den Funktionären der U. S. P. D. in Steglitz bekanntzugeben, um eine Stockung, die durch einen Speditionswechsel möglich ist, zu vermeiden. Wir machen unsere Abonnenten darauf aufmerksam, daß vom 1. Mai an die Zeitung 2 mal täglich ins Haus pünktlich gebracht werden wird.
Verlag „Freiheit", e. G. m. b. H.

Die neue Nummer von
Karl Schneidt's Wochenschrift „Die Tribüne"
erscheint heute nachm. und ist bei allen Straßenhändlern zum Preise von 10 Pfg. zu haben.
Für Straßenhändler hoher Verdienst!
Verlag „Die Tribüne" Zimmerstr. 86 Ecke Friedrichstr.

Geschlechtskranke
verlangen im eigenen Interesse, um sich vor minderen Heilverfahren zu schützen, meine aufklärende Broschüre über Tripper, Syphilis, Blutuntersuchung usw., wirkungsvolle und wertvolle Heilverfahren im verschlossenen Umschlag à 1 M. (auswärts 1,25 M.), ebenso in den Sprechstunden erhältlich. — Weitere mündliche Auskunft kostenlos.
Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt, Berlin, Potsdamer Str. 117, an der Lützowstraße. Sprechstunden ½12—2 mitt. u. ½6—½10 Uhr abends, Sonntag ½11—1.
Warnung v. schwindelhaft. Anpreis. angeblicher Spezialärzte.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstraße
die Rechtsauskunftei d. großen Publikums!
Prozeßabteilung — Sprechzeit 9—8 Uhr.
Bisher gegen 120000 Ratsuchende.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden
spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag, Mundausbrüche, Mannesschwäche. Gegen Syphilis eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren. Urin- u. Blutuntersuchungen. Im ersten u. ältesten Kur-Institut von **Dir. Löser senior.** Nur Rosenthaler Straße 69-70 am Rosenthaler Platz. Röntgen-Laboratorium. Heil-Anstalt für elektr. u. med. Bäder. Behandlungszeit 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1. Separates Damenzimmer.

Zähne mit u. ohne Platte, m. echt. Friedens-Kautschuk, spez. mod. Gold-Technik, Goldkronen, Brücken, Plomben. Schmerzlose Behandlung. Bill. Preise ev. Teilzahl. Erstklassige farbechte Arbeit. Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse. Reparaturen sofort. Zahnziehen m. Betäubung spez. für ängstliche nervöse Patienten.

D. A. Löser junior, jetzt nur Elsasser Str. 39¹, direkt am Oranienburger Tor, 4 Min. vom Stettiner Bahnhof. Spr. tägl. von 9 bis 7 Uhr abends, Sonntg. 9 bis 12. Tel. Nord. 10433

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete, hartnäckige Harnleiden u. Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag etc. Mannesschwäche. Ehrlich-Hata-(Salvarsan)Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Fieren-Behandlung. Eigenes Kur-Bad für elektrische u. medic. Bäder. Damenraum separat. Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Kleine Anzeigen

Holzräder aller Größen Leiterwagen, Kastenwagen, engros und detail. Weidlich, Brunnenstraße 96. Nord. 5684.

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Rindledersofa, Küche, Ankleideschrank, Versch. einz., Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teltz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Divandecken, Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Portièren, Steppdecken, Tüllbettdecken, Läuferstoffe, Federbetten usw. staunend billig. Herzig's Gelegenheitskäufe, Zehdenicker Straße 15 (nahe Rosenthaler Platz).

Kaninchen, Hühner, große Auswahl, verk. Lemgrübler, Landsberger Straße 11.

Piano, eleganter schwarzer, 1950 M., (kreuzsaitiges) Nußbaumpiano 2600.— verk. billig Ernst, Oranienstraße 166, 3 Tr.

Bechsteinflügel eleganter schwarzer Stutzflügel, 2800 M., Konzertflügel 6800.— M. verk. Ernst, Oranienstraße 166, 3 Tr.

Harmoniums, neu, gebraucht, verkauft billig Ernst, Oranienstr. 166 III.

Klavier oder Flügel, eventuell Harmonium, sucht Schachtschneider, Kadinerstr. 14 III. Preisangebot erbeten.

Pianos, tadellose, gebrauchte von 12—1800.— M. verkauft Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.— an. Meicke, Augustsstraße 32a. Quergeb. parterre.

Chaiselongue 90.— an, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen, Tapezierer Walter, Stargarder Straße 18.

Küchen, moderne, mit, ohne Anrichte, roh, gestrichen, Riesen-Auswahl, enorm preiswert Himmel, Lothringerstr. 22.

Platina zu den höchsten Tagespreisen. Gebisse, Gold, Silberabfälle kauft Frau Kauth, Zionskirchstraße 54 v. II.

Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft jedes Quantum höchstzahlend Großfeld, Kottbuser Straße 21. Mpl. 4016.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft preiswert R. Schumann, Große Frankfurter Straße 81 II.

Elektrische Artikel, Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, Werkzeuge kauft Weinreich, Frankfurter Straße 71.

Platina zu den höchsten Tagespreisen. Zahngebisse, Gold, Silberabfälle kauft Frau Linke, Blücherstraße 40.

Spiralbohrer, neue, alle Abmessungen, kauft Knab, Steglitz, Markelstr. 3. Tel. Stgl. 2041.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen-Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen Elektro-Büro, Langestraße 27 I Ecke Andreasstraße. Alex. 3939.

Schreibmaschine gut erhalten kauft Schölke, Linkstraße 1. Lützow 6377.

Spiralbohrer, jeden Posten, kauft Buschhaus, Hüttenstr. 78.

Metalle, Akten, Zeitungen, Lumpen, Steinflaschen, kauft zu höchsten Tagespreisen. Produkten-Großhandlung Neukölln, Richardstr. 9. Fernsprecher Neukölln 453.

Erfinder Ausarb., Anmeld. von Patent, Gebrauchsm. Kostenl. Ausk. Patentbureau Packscher, Gertraudtenstr. 18. Zentr. 2600.

Kostenlose Rechtsberatung! Spezialist: Ehesachen, Strafsachen! Gesuche, Prozeßführung vor allen Gerichten. Mielke, DemminerStr. 31, Ecke Putbuser Str. (Auch Sonntag vormittag.)

Rechtsanwalt v. Harnier, Bernauer Straße 11 (Stettiner Bahnhof) Vertretung vor allen, auch auswärtigen Gerichten. Ehescheidungs-, Alimenten-, Strafsachen! Gnadengesuche! Letzte Erfolge: 6 Monate 7 Wochen Gefängnis erlassen! Erfolgreiche Haftentlassungs-Gesuche. Viele Anerkennungen. Ratserteilung umsonst. Auch Sonntag vormittags.

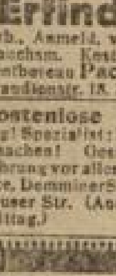
Spezialarzt Dr. med. Haedicke Haut-, Harn-, Geschlechtsl., Blutuntersuchg., Friedrichstr. 178-183 (an d. Mohrenstraße, Untergrdb.). 11-1, 5-7, Stg. 11-1.

Ehescheidungen (auch im Armenrechte), Strafsachen, Alimentensachen, Prozeßführg. überall, Gesuche! Hervorragende Erfolge! Beobachtungen, Ermittlgn., Detektivtreffer! Rechtsschutz „Wahrheit", Direktor Mandus, Kottbuser Damm 65 (an der Urban-, Weser-, Kaiser-Friedrich-Str.), Neanderstrasse 7, Adalbertstrasse 3, Neukölln, Emser Strasse 89. (Auch Sonntags!)

Landrichter, außerdienstlich, Prozeßführung bei allen Gerichten, gewissenhafter Rechtsbeistand in allen erdenklichen Fällen. Bearbeitung aller Rechtssachen. Eingaben jeder Art, Beratung kostenfrei. Armensachen werden übernommen, Lothringer Str. 47 (Rosenthaler Tor), Hannoversche Str. 2 (Oranienburger Tor)

Facharzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden. Salvarsankuren. — Blutuntersuchung. — Schnellste Befreiung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Ritters Heilanstalt **Jägerstr. 12** 11-1, 5-7. Sonntag 11-1.

Pumpen für jeden Zweck und Größe, kleinst. Handpumpen zum Selbstaufstellen nach kostenloser Anleitung, fachm. Rat. Altes Spezialhaus. Carl Kochale & Co. Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 20/22.



Rechts-Auskunft Invaliden-Straße 1... sachen, Ehesachen, Alimenten... Rentensachen, Beobachtungen, Ermittelungen.

Spezialarzt Dr. med. Lasko behandelt schnell, gründlich, möglichst schmerzlos ... Berufsstörung ... krankheiten, ... Harn-, Frauenleiden ... Erprobteste Methoden und Blutuntersuchung ... **Königstr. 34-36** ... Spr.: 10-1 u. 5-8, Sonnt. ...

Homöopath. Inst. Meißner **Müggelstr. 25** ... für Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleiden ... Spez. veralt. Fälle ... sich. u. schmerzl. ... Berufsstörung ... Sprechst. 10-1, 5-8, Sonnt. ...

2. Reichs-Räte-Kongreß Wortgetreues Stenogramm in den Nummern 3—5 der **Räte-Zeitung** Reichs-Eisenbahner-Kongreß. Auch darüber werden genauesten Bericht bringen ... Einzelpreis jeder Nummer 20 Pfg. Abonnement 1,50 M. f. d. Mon., 4,50 f. d. Quartal. Erhältlich bei allen Straßenhändlern, Kiosken, Buchhandlungen und Spediteuren sowie direkt vom Verlag **Räte-Zeitung** Berlin SW. 68, Schützenstr. ...

Piano-Adam
Pianos, Stutzflügel, Harmonien
jeder Holz- und Stilart.
Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen.
Münzstr. 16.

Wanzen und Motten mit Brut werden radikal vernichtet
durch Wanzentod Pfeifferol in Flaschen zu 4,50 Mark, 3,— Mark und 1,75 Mark und Mottentod Pfeifferol 50 Pfennig), überall zu haben.
Herr Karl Schwabe, Drogerie, Perleberger Straße 25, schreibt: „Senden Sie mir wieder je ein Gros von den großen, je zwei Gros von den kleinen Packungen Wanzentod. Meine Kundschaft ist mit Ihrem Präparat außerordentlich zufrieden."

Kopf- und Haarwasser Pfeifferol gegen Ungeziefer für Kinder, Flasche 2,50 statt nur 1,50 Mark.
Parasiten-Liniment Pfeifferol gegen Ungeziefer, 2,50 Mk., 1,50 ...
Tricresol-Puder Pfeifferol gegen Flöhe. Dose 1,75 Mark.
Kinderpuder Pfeifferol, bestes Einstreumittel für Kinder ...
Toilette-Haarwasser Pfeifferol gegen Kopfschuppen, Schinnen, ein ideales Haarpflegemittel, Flasche 2,50 Mark.
Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, N 65, Schulstr. ...
Lieferanten d. Deutschen Armee in Fußpflege, Ungeziefer- u. ...